



An die Vorsitzende
des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
Frau Susanne Hoffmann-Fessner
über Amt 16, im Hause

Wiesbaden, 04.02.2025

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zu
TOP I/7 "Erhalt und Zukunft des Frühlingsfestes" für die Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 4. Februar 2025**

Erhalt und Zukunft des Frühlingsfestes

Der Magistrat wird gebeten,

1. & 2. werden ersetzt durch:

- 1) gemeinsam mit dem Schaustellerverband zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Gibber Bleichwiesen zu einem attraktiven und dauerhaften Standort für das Frühlingsfest werden könnten.
- 2) die Machbarkeit der Salzbachau als dauerhaften Standort für das Frühlingsfest vertieft zu prüfen. Maßgaben bei der Prüfung sind:
 - a) dass ein regulärer Linienbetrieb auch während der Durchführung des Frühlingsfestes sichergestellt sein muss.
 - b) dass der Schlachthof in seinem ohnehin begrenzten Open-Air-Programm (Schallschutzvereinbarungen) nicht weiter eingeschränkt wird.
 - c) dass mit einer potentiellen Nutzung der Fläche keine Baumfällungen einhergehen sollten.
- 3) Vor diesem Hintergrund ist insbesondere zu prüfen:
 - a) Wie groß ist die benötigte Fläche insgesamt und welche Teile des Parkplatzes Salzbachau würden dafür in Anspruch genommen?
 - b) Mit welchen Auswirkungen ist auf den Busbetrieb von ESWE Verkehr zu rechnen (u. a.: Kosten, betrieblicher Aufwand, Auswirkungen auf Linienfahrplan)
 - c) Wo können die Busse in der Zeit des Festbetriebs abgestellt werden?
 - d) Welche Auswirkungen haben die Lärmemissionen des Frühlingsfestes auf alle betroffenen Anwohner*innen?

- e) Inwiefern ist die Durchführung des Frühlingsfestes mit dem Veranstaltungsprogramm des Schlachthofs kompatibel? Dabei ist auch die bestehende Vereinbarung mit dem Schlachthof für eine begrenzte Anzahl von Schallereignissen zu berücksichtigen.
 - f) Welche baulichen und infrastrukturellen Anforderungen bestehen an den Platz sowie ggf. finanzieller Aufwand, um diese Anforderungen herzustellen?
- 4) Wie lange müsste der Platz für mögliche Bauarbeiten gesperrt werden?
- 5) Auch die betroffenen Ortsbeiräte in den Prozess einzubinden und die Meinung der Gremien zu berücksichtigen.

Gesine Bonnet
Fraktionsvorsitzende, B90/Grüne

Julia Seidel
Fraktionsreferentin, B90/Grüne

Aman Yoseph
Fachsprecher, SPD

Nail Akin Kaya
Fraktionsreferent, SPD

Ronny Maritzen
Fachsprecher, Die Linke

Pascal Wolf
Fraktionsreferent, Die Linke

Achim Sprengard
Fachsprecher, Volt

Sascha Kolhey
Fraktionsgeschäftsführer, Volt